

GROSSBRITANNIEN/USA: BRIEFAKTION FÜR JULIAN ASSANGE

DIE ANKLAGEN GEGEN JULIAN ASSANGE ENDLICH FALLENLASSEN!

Im April 2019 wurde Julian Assange von den britischen Behörden in der ecuadorianischen Botschaft in London festgenommen. Im Mai 2019 wurde er zu 50 Wochen Haft verurteilt, weil er gegen seine Bewährungsauflagen verstossen hatte. Obwohl er bereits im September 2019 hätte freigelassen werden sollen, befindet er sich nach wie vor wegen eines Auslieferungsantrags der USA in einem britischen Hochsicherheitsgefängnis. Die USA fordern seine Auslieferung, weil er auf seiner Plattform WikiLeaks Dokumente veröffentlicht hat, die Handlungen des US-Militärs aufdeckten, die möglicherweise Kriegsverbrechen darstellen.

Der britische High Court entschied im Dezember 2023, zu dem von Julian Assange angestregten Rechtsmittelverfahren eine zweitägige Anhörung am 20. und 21. Februar 2024 durchzuführen. Darin wird entschieden, ob ihm noch Rechtsmittel offenstehen oder ob er sich an den Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte wenden muss.

Nach Ansicht von Amnesty International würden Julian Assange in den USA schwere Menschenrechtsverletzungen drohen, u.a. Haftbedingungen, die Folter oder anderer Misshandlung gleichkommen könnten.

Julian Assanges Veröffentlichung enthüllter Dokumente auf WikiLeaks darf nicht bestraft werden, da dies ein übliches Vorgehen des investigativen Journalismus ist. Eine Anklage gegen Julian Assange könnte andere Journalist*innen und Publizist*innen davon abhalten, ihr Recht auf freie Meinungsäußerung wahrzunehmen.

Setzen Sie sich für die Rechte von Julian Assange ein ! Unsere Aktionsvorschläge:

- **Bitte schreiben Sie einen höflich formulierten Brief** in Englisch oder auf Deutsch **an den Justizminister der USA** und bitten Sie ihn, die Anklagen gegen Julian Assange, die sich lediglich auf die Veröffentlichung von Dokumenten auf WikiLeaks beziehen, fallen zu lassen.

→ **Anrede:** Dear Attorney General / Sehr geehrter Herr Justizminister

→ Einen fertigen **Modellbrief auf Deutsch** zu dieser Briefaktion finden Sie **auf der nächsten Seite**.

→ Einen **Briefvorschlag auf Englisch** finden Sie **online**:

<https://www.amnesty.ch/de/laender/amerikas/usa/dok/2024/briefaktion-fuer-julian-assange>

Sie können auf www.amnesty.ch im Suchfeld  auch den **Titel** oder **Namen der Person** eingeben.

→ **Porto:** CHF 2.50

HÖFLICH FORMULIERTEN BRIEF SENDEN AN

Attorney General
Merrick B. Garland
U.S. Department of Justice
950 Pennsylvania Avenue, NW
Washington, DC 20530-0001
USA

E-Mail über das Formular:

<https://www.justice.gov/doj/webform/your-message-department-justice>

KOPIE AN

Botschaft der Vereinigten Staaten von Amerika
Sulgeneckstrasse 19
3007 Bern

Fax: 031 357 73 20

E-Mail: bernpa@state.gov ; bern-protocol@state.gov

Twitter/X: /USEmbassyBern

Facebook: /USBotschaftBern

Attorney General
Merrick B. Garland
U.S. Department of Justice
950 Pennsylvania Avenue, NW
Washington, DC 20530-0001
USA

Betrifft: Julian Assange

Sehr geehrter Herr Justizminister

Ich wende mich heute an Sie, um Sie erneut auf den Fall von Julian Assange aufmerksam zu machen.

Die USA fordern seine Auslieferung, weil er auf seiner Plattform WikiLeaks Dokumente veröffentlicht hat, die Handlungen des US-Militärs aufdeckten, welche möglicherweise Kriegsverbrechen darstellen.

Der britische High Court entschied im Dezember 2023, zu dem von Julian Assange angestregten Rechtsmittelverfahren eine zweitägige Anhörung am 20. und 21. Februar 2024 durchzuführen. Darin wird entschieden, ob ihm noch Rechtsmittel offenstehen oder ob er sich an den Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte wenden muss.

Ich befürchte, dass Julian Assange in den USA schwere Menschenrechtsverletzungen drohen, u. a. Haftbedingungen, die Folter oder anderer Misshandlung gleichkommen könnten.

Julian Assanges Veröffentlichung enthüllter Dokumente auf WikiLeaks darf nicht bestraft werden, da dies ein übliches Vorgehen des investigativen Journalismus ist. Eine Anklage gegen Julian Assange könnte andere Journalist*innen und Publizist*innen davon abhalten, ihr Recht auf freie Meinungsäußerung wahrzunehmen.

Deshalb bitte ich Sie, die Anklagen gegen Julian Assange fallen zu lassen, die sich lediglich auf die Veröffentlichung von Dokumenten auf WikiLeaks beziehen.

Hochachtungsvoll,

Kopie:

Botschaft der Vereinigten Staaten von Amerika, Sulgeneckstrasse 19, 3007 Bern
Fax: 031 357 73 20 / E-Mail: bernpa@state.gov ; bern-protocol@state.gov

MAROKKO: BRIEFAKTION FÜR MOHAMED ZIANE

BETAGTEM MENSCHENRECHTSANWALT DROHEN WEITERE 20 JAHRE HAFT

Der 80-jährige Mohamed Ziane ist Menschenrechtsanwalt und ehemaliger Minister für Menschenrechte in Marokko. 1996 war er von seinem Regierungsposten zurückgetreten, weil er mit der marokkanischen Politik nicht einverstanden war. Seit seinem Ausscheiden aus der Regierung hat er zahlreiche Aktivist*innen, Journalist*innen und Betroffene von Menschenrechtsverletzungen verteidigt.

Das Innenministerium erhob 2021 elf Anklagen gegen Mohamed Ziane. Im Februar 2022 befand ihn das erstinstanzliche Gericht von Rabat in allen elf Anklagepunkten für schuldig und verurteilte ihn zu drei Jahren Gefängnis. Am 21. November 2022 bestätigte ein Berufungsgericht das Urteil und ordnete auf Antrag der Staatsanwaltschaft seine sofortige Inhaftierung an. Im Gefängnis wird Mohamed Ziane der Zugang zu Schreib- und Lesematerial verwehrt.

Mohamed Ziane leidet unter anhaltenden gesundheitlichen Problemen, die im Gefängnis nicht behandelt werden können.

Am 10. Januar 2024 wurde er wegen einer Reihe neuer Anschuldigungen vorgeladen, die auf seine politische Arbeit als Vorsitzender der marokkanischen liberalen Partei (PML) im Jahr 2015 zurückgehen. Zu den neuen Anschuldigungen gehören «Angriff auf ein konstituiertes Organ», «Verbreitung falscher Behauptungen» und «Verleumdung». Am 12. Februar 2024, zwei Tage vor seinem 81. Geburtstag, soll er vor dem Ermittlungsgericht erscheinen. Sollte Mohammed Ziane für schuldig befunden werden, drohen ihm weitere 20 Jahre Haft.

Setzen Sie sich für die Rechte von Mohamed Ziane ein ! Unsere Aktionsvorschläge:


- **Bitte schreiben Sie einen höflich formulierten Brief** in Arabisch, Französisch oder auf Deutsch an den Premierminister Marokkos und bitten Sie ihn, dafür zu sorgen, dass der Schuldspruch und das Urteil gegen Mohamed Ziane aufgehoben werden und ihm unverzüglich die Möglichkeit gegeben wird, seine fortdauernde Inhaftierung von einem Gericht überprüfen zu lassen. Wenn Mohamed Ziane Handlungen zur Last gelegt werden, die international als Straftat gelten, muss ihm ein neues Verfahren gewährt werden, das faire Standards erfüllt.

→ **Anrede:** Your Excellency / Sehr geehrter Herr Premierminister

→ Einen fertigen **Modellbrief auf Deutsch** zu dieser Briefaktion finden Sie **auf der nächsten Seite**.

→ Einen **Briefvorschlag auf Französisch** finden Sie **online**:

<https://www.amnesty.ch/de/laender/naheer-osten-nordafrika/marokko-westsahara/dok/2024/briefaktion-fuer-inhaftierten-menschenrechtsanwalt>

Sie können auf www.amnesty.ch im Suchfeld  auch den **Titel** oder **Namen der Person** eingeben.

→ **Porto:** CHF 2.50

HÖFLICH FORMULIERTEN BRIEF SENDEN AN

Premierminister :
Aziz Akhannouch
Chef du gouvernement marocain
Palais Royal Touarga
Rabat 10070
MAROC / MAROKKO

Twitter: @ChefGov_ma
Fax: 00 212 – 537 77 10 10

KOPIE AN

Botschaft des Königreichs Marokko
Helvetiastrasse 42
3005 Bern

Fax: 031 351 03 64

E-Mail: sifamaberne2@bluewin.ch ; sec_eco_amb@bluewin.ch

Premierminister :
Aziz Akhannouch
Chef du gouvernement marocain
Palais Royal Touarga
Rabat 10070
MAROC / MAROKKO

Betrifft: Mohamed Ziane

Sehr geehrter Herr Premierminister

**Ich bin in grosser Sorge um Mohamed Ziane, einen 80-jährigen
Menschenrechtsrechtsanwalt und ehemaligen Minister für Menschenrechte in Marokko.**

In Zusammenhang mit seiner Menschenrechtsarbeit wurde er bereits zu drei Jahren Haft verurteilt. Im Gefängnis wird Mohamed Ziane der Zugang zu Schreib- und Lesematerial verwehrt. Er leidet unter anhaltenden gesundheitlichen Problemen, die im Gefängnis nicht behandelt werden können. Am 10. Januar 2024 wurde er wegen einer Reihe neuer Anschuldigungen vorgeladen, die auf seine politische Arbeit als Vorsitzender der marokkanischen liberalen Partei (PML) im Jahr 2015 zurückgehen. Zu den neuen Anschuldigungen gehören «Angriff auf ein konstituiertes Organ», «Verbreitung falscher Behauptungen» und «Verleumdung».

Am 12. Februar 2024, zwei Tage vor seinem 81. Geburtstag, soll er vor dem Ermittlungsgericht erscheinen. Sollte Mohammed Ziane für schuldig befunden werden, drohen ihm weitere 20 Jahre Haft.

Hiermit bitte ich Sie, dafür zu sorgen, dass der Schuldspruch und das Urteil gegen Mohamed Ziane aufgehoben werden und ihm unverzüglich die Möglichkeit gegeben wird, seine fortdauernde Inhaftierung von einem Gericht überprüfen zu lassen. Wenn Mohamed Ziane Handlungen zur Last gelegt werden, die international als Straftat gelten, muss ihm ein neues Verfahren gewährt werden, das faire Standards erfüllt.

Hochachtungsvoll,

Kopie:

Botschaft des Königreichs Marokko, Helvetiastrasse 42, 3005 Bern
Fax: 031 351 03 64 / E-Mail: sifamaberne2@bluewin.ch ; sec_eco_amb@bluewin.ch